

ters die zentralen Pflichtmodule des Zertifikats zusätzlich in Form einer Blockveranstaltung angeboten. Die Workshops sind online buchbar. Informationen: [www.studiumdigitale.uni-frankfurt.de](http://www.studiumdigitale.uni-frankfurt.de)

## Campus-Lizenz für Online-Sprachkurse

Dank der Landesmittel zur Verbesserung der Qualität von Studienbedingungen und Lehre (QSL-Mittel) konnte das Arbeitsfeld Sprachen eine Campus-Lizenz für Online-Sprachkurse der Firma digital publishing erwerben. Die sogenannten CampusLanguageTraining-Lizenzen sind für die nächsten drei Jahre gültig, das Projekt, in das rund 100.000 Euro investiert wurden, startet zu Semesterbeginn im Oktober.

So wird es einem noch größeren Personenkreis möglich sein, das Sprachkurs-Angebot der Hochschule zu nutzen, denn die Online-Option erleichtert es, sich trotz straffer Stundenpläne und dem möglichen Pendeln zwischen verschiedenen Uni-Standorten seine ganz persönliche Sprachkurs-Nische zu schaffen. Auf die Kurse kann jeder zugreifen, der über einen Uni-Account verfügt.

Informationen: Dr. Maria Kopp-Kavermann  
Arbeitsfeld Sprachen, Campus Bockenheim  
Tel: (069) 798-23757, [kopp-kavermann@em.uni-frankfurt.de](mailto:kopp-kavermann@em.uni-frankfurt.de)

# „Ein falsches Signal“

## Senat und Präsidium äußern sich zum Stopp der geplanten BAföG-Erhöhung

O bwohl sie bereits vom Bundestag beschlossen war, haben die Länder eine Erhöhung des BAföG zum 1. Oktober im Bundesrat gestoppt und an den Vermittlungsausschuss verwiesen. Grund dafür ist die beabsichtigte Länder-Beteiligung an den mit der Erhöhung verbundenen Mehrkosten. Diese sollen nach dem Willen der Länder ausschließlich vom Bund getragen werden. Bisher zahlt der Bund 65 Prozent des BAföGs, die Länder 35 Prozent.

Der Senat und das Präsidium der Goethe-Universität kritisieren die Entscheidung in einer am 14. Juli verabschiedeten gemeinsamen Erklärung: „Senat und Präsidium der Goethe-Universität bedauern, dass der Bundesrat in seiner Sitzung am 9. Juli 2010 die geplante Erhöhung der Ausbildungsförderung (BAföG) zunächst gestoppt und in den Vermittlungsausschuss verwiesen hat. Dass Bund und Länder sich nicht über die Finanzierung der im Grunde politisch unumstrittenen BAföG-Erhöhung einigen können, setzt ein falsches Signal: Die Goethe-Universität arbeitet derzeit [in Form sogenannter Bologna-Werkstätten, Anmerkung der Redaktion] intensiv daran, die Studierbarkeit

ihrer Studiengänge zu verbessern, um damit die durchschnittliche Studiendauer zu verkürzen – eine Forderung, die Politik und Gesellschaft gleichermaßen an die Universitäten stellen. Notwendige Voraussetzung hierfür ist jedoch auch, dass Studierende sich voll auf ihr Studium konzentrieren können und nicht gezwungen sind, parallel für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten. Die Ausweitung der BAföG-Förderung ist in diesem Zusammenhang längst überfällig. Indem Bund und Länder diesen Schritt verzögern, handeln sie nicht nur wider ihre eigene politische Forderung, sondern verlieren zugleich die soziale Chancengleichheit aus dem Blick.“

Angesichts der Tatsache, dass die Verhandlungen hinsichtlich der Erhöhung der BAföG-Sätze den Sommer über deutlich ins Stocken gerieten, verabschiedeten Senat und Präsidium eine weitere gemeinsame Resolution zum selben Thema am 22. September:

„Senat und Präsidium der Goethe-Universität bedauern, dass sich Bund und Länder erneut nicht über die Finanzierung der geplanten BAföG-Erhöhung einigen konnten. Für die Gremien der Goethe-Universi-

tät ist dies ein Zeichen der unentschiedenen Bildungspolitik von Bund und Ländern; politisch ist es längst Konsens, dass das BAföG erhöht werden muss. Die weitere Verzögerung geht zu Lasten Studierender aus bildungsfernen Schichten, deren Anteil bereits zu gering ist. Die Goethe-Universität arbeitet zurzeit daran, die Studierbarkeit ihrer Studiengänge zu verbessern, um damit die durchschnittliche Studiendauer zu verkürzen – eine Forderung, die Politik und Gesellschaft gleichermaßen an die Universitäten stellen. Notwendige Voraussetzung hierfür ist jedoch auch, dass Studierende sich voll auf ihr Studium konzentrieren können und nicht gezwungen sind, parallel für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten. Tatsächlich aber müssen nach Angaben des Studentenwerks in Frankfurt mehr als 50 Prozent der Studierenden jobben, um sich ein Studium leisten zu können. Die Erhöhung der BAföG-Sätze ist deshalb längst überfällig. Indem Bund und Länder diesen Schritt weiter hinauszögern, handeln sie nicht nur wider ihre eigene politische Forderung, sondern verlieren zugleich die soziale Chancengleichheit aus dem Blick.“ *hül/ok*